

SpiFa zu Verwaltungsausgaben der Krankenkassen: Gesetzliche Krankenversicherung braucht mehr Wettbewerb und Transparenz

Berlin, 17. Oktober 2025 – Wenn es nach dem Spitzenverband Fachärztinnen und Fachärzte Deutschlands (SpiFa) geht, sollen die gesetzlichen Krankenkassen einen stärkeren Beitrag zur Stabilität und Finanzierbarkeit des Gesundheitssystems leisten. Dafür schlägt der SpiFa ein wettbewerbsorientiertes Konzept vor. Die Kassen sollen ihre Verwaltungsausgaben demnach künftig nicht mehr aus Mitteln des Gesundheitsfonds finanziert erhalten, sondern über einen kassenindividuellen Verwaltungskostenbeitrag als Kopfpauschale.

Die Regierungskoalition aus CDU/CSU und SPD hat unlängst einen Vorschlag zur Begrenzung der Verwaltungsausgaben der Krankenkassen vorgelegt, nach dem sächliche Verwaltungsausgaben der gesetzlichen Krankenkassen gegenüber dem Jahr 2024 im kommenden Jahr nicht um mehr als 8 Prozent ansteigen dürfen.

Der SpiFa sieht in der Begrenzung der Verwaltungskosten der Krankenkassen einen richtigen Ansatz. Es kann nicht sein, dass Beitrags- und Steuergelder, die für die gesundheitliche Versorgung der Versicherten gebraucht werden, zunehmend in die Verwaltungsetagen der Krankenkassen fließen. Allerdings braucht es wettbewerbsorientierte Mittel, um diese Verwaltungsausgaben für Versicherte transparent zu machen und nachhaltig in den Griff zu bekommen.

Hierzu erklärt SpiFa-Hauptgeschäftsführer Dr. André Byrla:

„Die Entwicklung der Verwaltungsausgaben der Krankenkassen – auch bei den Personalausgaben – kennt seit Jahren nur eine Richtung: Nach oben. Das ist insbesondere in Zeiten der Digitalisierung völlig aus der Zeit gefallen und muss vor dem Hintergrund der finanziellen Herausforderungen für unser Gesundheitssystem hinterfragt werden. Von den Krankenkassen kann und muss ein höherer Beitrag zur Stabilisierung und Finanzierbarkeit unseres Gesundheitssystems eingefordert werden. Das geht vor allem durch mehr Wettbewerb zwischen den Krankenkassen um Versicherte. Die Verwaltungsausgaben der Krankenkassen sollten deshalb aus dem allgemeinen Beitragssatz ausgegliedert und für die Versicherten ganz transparent über kassenindividuelle Verwaltungsbeiträge dargestellt werden müssen. Zugleich sollte der Gesundheitsfonds um die kassenseitigen Verwaltungsausgaben bereinigt werden. Dadurch werden Anreize für eine effizientere Verwaltung bei allen Krankenkassen geschaffen, Bürokratie abgebaut und Verwaltungskosten nachhaltig gesenkt.“

www.spifa.de

Der SpiFa repräsentiert mit seinen Mitgliedsverbänden über 150.000 Fachärztinnen und Fachärzte in Klinik und Praxis. Ziel ist die Vertretung derer übergeordneten Interessen gegenüber Politik, Selbstverwaltung und anderen Verbänden, sowie deren politische Durchsetzung auf Bundes- und Landesebene.

www.sanakey.de

Die Sanakey GmbH ist Trägerin des gesellschafts- und gesundheitspolitischen Think-Tanks des Spitzenverbandes Fachärztinnen und Fachärzte Deutschlands e.V. (SpiFa).

Spitzenverband Fachärztinnen und Fachärzte Deutschlands e.V. (SpiFa)

Herausgeber (V.i.S.d.P.): Dr. med. Dirk Heinrich, Dr. med. Helmut Weinhart,
Prof. Dr. Hermann Helmberger, Dr. med. Petra Bubel,
Dr. med. Norbert Smetak, Jan Henniger, Markus Haist (kooptiert)

Hauptgeschäftsführer: Dr. iur. André Byrla

Pressekontakt: Spitzenverband Fachärztinnen und Fachärzte Deutschlands e.V.
Robert-Koch-Platz 9, 10115 Berlin
presse@spifa.de

Folgen Sie uns auf X und LinkedIn!

